

rischen und politischen Niederlage des deutschen Imperialismus im —» *ersten Weltkrieg* erwachsen war. Die historische Aufgabe der N. war es, den antagonistischen Widerspruch zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse, die zugleich die objektiven Grundinteressen der anderen werktätigen Klassen und Schichten vertrat, zu überwinden. So stand objektiv die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung. Die —> *Spartakusgruppe* orientierte auf der Reichskonferenz im Okt. 1918 darauf, im Kampf um antiimperialistisch-demokratische Ziele die Massen an die sozialistische Revolution heranzuführen. Dieser Aufgabe entsprach das von der Reichskonferenz beschlossene Programm der Volksrevolution. Am 3.11. begann die N. mit dem bewaffneten Aufstand der Matrosen der deutschen Kriegsflotte in Kiel, dem sich die Kieler Arbeiter mit dem Generalstreik anschlossen. Obgleich der kaiserliche Staatsapparat und die rechten Führer der deutschen Sozialdemokratie die Ausbreitung der Revolution zu verhindern suchten, erhoben sich in den folgenden Tagen die revolutionären Arbeiter und Soldaten und mit ihnen Angehörige der anderen werktätigen Klassen und Schichten in ganz Deutschland und bildeten nach dem Vorbild der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution —* *Arbeiter- und Soldatenräte* als ihre Kampforgane, die anfangs vielerorts reale Macht ausübten. Am 9.11. kam es auf Initiative der Spartakusgruppe und der revolutionären Obleute der Berliner Betriebe zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand in Berlin. Die N. erzwang im ersten Anlauf den Sturz der Hohenzollern-Monarchie, der Fürstenherrschaft in den deutschen Einzelstaaten und der kaiserlichen Regierung sowie demokratische und soziale Rechte und Freiheiten für die Volksmas-

sen. Der am 9.11. als provisorische Regierung gebildete Rat der Volksbeauftragten (F. Ebert, O. Landsberg, Ph. Scheidemann [SPD]; E. Barth, W. Dittmann, H. Haase [USPD]) veröffentlichte am 12.11. sein Regierungsprogramm, das die Bestrebungen der revolutionären Massen in bürgerlich-parlamentarische Bahnen lenken und die Entmachtung von Imperialismus und Militarismus verhindern sollte. Zur Niederschlagung der Revolution schloß Ebert am 10. 11. mit der Obersten Heeresleitung ein Geheimabkommen. Der kaiserliche Regierungs- und Verwaltungsapparat wurde nicht beseitigt. Das am 15. 11. zwischen rechten Gewerkschaftsführern (C. Legien u. a.) und Repräsentanten der Monopolbourgeoisie (H. Stinnes u. a.) abgeschlossene Arbeitsgemeinschaftsabkommen war ein Ausdruck der Klassenzusammenarbeit und sicherte die ökonomische Macht der Monopole. Der am 11.11. in Berlin gegründete Spartakusbund war bestrebt, die Massen unter der Losung »Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!« für die Weiterführung der Revolution mit dem Ziel der Errichtung der sozialistischen Republik zu gewinnen. Das entsprach den Bestrebungen der Mehrheit der Arbeiterklasse, die den Sozialismus wollte, aber infolge der jahrelangen opportunistischen Beeinflussung noch nicht verstand, daß das die Entmachtung des Imperialismus und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse erfordert. Die Regierung Sowjetrußlands begrüßte die N. Auf Anweisung W. I. Lenins sollte die deutsche Revolution durch Getreidelieferungen unterstützt werden; der Rat der Volksbeauftragten lehnte dieses Angebot jedoch ab und setzte statt dessen den bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht fort. Der vom 16.-21. 12. in Berlin tagende 1. Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-